

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV

Verantwortliche/r:
Ternes, Thomas

Vorlagennummer:
BM/ZV/008/2010/1

Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 094/2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.03.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

PR

I. Antrag

Eine gemeinsame Erklärung wird seitens der Stadt Erlangen nicht weiter verfolgt.

Der Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 094/2010 vom 22.09.2010 ist damit bearbeitet..

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Nach eigenen Angaben möchte der ver.di - Bezirk Mittelfranken ein breites Bündnis schmieden, um zusammen mit Parteien, Kirchen, Organisationen und Verbänden für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge einzutreten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Geschäftsführung von ver.di, Bezirk Mittelfranken, ist mit Schreiben vom 14.07.2010 an Herrn Oberbürgermeister Dr. Balleis herangetreten mit dem Vorschlag eine gemeinsame Erklärung „Rettet unsere Kommunen – für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge“ mit ver.di und dem Gesamtpersonalratsvorsitzenden der Stadt zu unterschreiben. Die Städte Nürnberg und Fürth haben eine entsprechende Erklärung im vergangenen Juni unterzeichnet. Die Stadt Erlangen sieht nach dem Gespräch der Oberbürgermeister der Städteachse mit dem bayerischen Finanzminister keinen in der Sache zielführenden Ansatzpunkt in der vorgeschlagenen gemeinsamen Erklärung. Auf das zahlreiche und nachdrückliche Eintreten des Oberbürgermeisters für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen – insbesondere auch auf der Ebene des Städtetages - wird hingewiesen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 30.09.2010 der Fraktion Erlanger Linke vom 22.09.2010 wurde in der Stadtratssitzung vom 30.09.2010 in den zuständigen HFPA verwiesen und dort mit Hinweis auf ein Gespräch der Oberbürgermeister mit dem bayerischen Finanzminister vertagt.

Anlagen: Fraktionsantrag der Erlanger Linke vom 22.09.2010
Gemeinsame Erklärung der Stadt Nürnberg vom Juni 2010

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang